



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/63

15. März 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Des Kanzlers Zusagen werden sabotiert	S. 1
Malans Rassenpolitik	S. 3
Kasseler Nachlese, gehalten vom Wahl-Sieger	S. 4

Neue Gefahr für die Mitbestimmung

P.R. Wenn nicht alles täuscht, wird die endgültige parlamentarische Regelung zur Frage einer Mitbestimmung in den Grundstoffindustrien bis nach Ostern zurückgestellt werden. Das ist eine herbe Enttäuschung für alle diejenigen, die geglaubt haben, dass die vor rund einem Monat getroffenen direkten Vereinbarungen der beiden Seiten in kürzester Zeit, so wie es vorgesehen war, auch durch das Parlament verabschiedet werden würde.

Es ist sehr fraglich, ob sich die Gewerkschaften damit abfinden werden, enttäuscht zu sein. In der nächsten Woche wird der Vorstand der IG Bergbau sich mit der neuen Lage befassen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass er dann wieder den Status als gegeben ansieht, der am Beginn der Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern noch zu Lebzeiten Hans Boecklers bestand. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, dass nun wieder aufgehoben oder wesentlich abgeschwächt werden könnte, was damals das Ergebnis zäher und langwieriger Verhandlungen gewesen ist.

Der Bundeskanzler scheint die Gefahr zu sehen. Er hat daher die Sozialpartner zu neuen Verhandlungen sogar in der Karwoche aufgefordert, nachdem die Beratungen in den zuständigen Bundestagsausschüssen bisher zu keinem Ergebnis gekommen sind. Aber Verhandlungen der

Sozialpartner haben an Wert verloren, nachdem sich durch die letzte Entwicklung gezeigt hat, dass selbst feierlich verkündete und durch die Regierung sanktionierte Ergebnisse solcher zweiseitigen Beratungen von den die Regierung tragenden Parteien ignoriert werden.

Die Ziele, die die Vertreter der Regierungsparteien verfolgen, sind klar: der Geltungsbereich der neuen Bestimmungen soll soweit wie möglich eingeeignet und die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder, soweit wie möglich der Arbeitnehmerseite kommen, an Voraussetzungen gebunden werden, die den Arbeitgebern die Möglichkeit einer weitgehenden Einflussnahme auf die Zusammensetzung auch dieses Personenkreises sichern soll. Schliesslich will man von bestimmter Seite nicht zugestehen, dass zur Bestellung bzw. Abberufung des Arbeitsdirektors die Mehrheit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ihre Zustimmung geben müssen. Man wünscht vielmehr, dass die einfache Mehrheit des gesamten Aufsichtsrates genügt, so dass praktisch die fünf Arbeitgebervertreter und der "elfte Mann" den Arbeitsdirektor wählen bzw. die Wahl eines ihnen nicht genehmen Kandidaten verhindern könnten.

Ein anderer Punkt, an dem die Regierungsparteien immer wieder zur Unterhöhlung der seinerzeitigen Vereinbarung ansetzen, ist die Bestimmung, wonach die Mitbestimmung zu einem wesentlich Teil praktisch von den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ausgeübt werden soll. Hier wird die Zugehörigkeit zum Betrieb in irgendeiner Form immer wieder nach vorn gerückt, weil man hofft, auf diese Weise bei der natürlichen Abhängigkeit des Betriebsmitgliedes von der Betriebsleitung mehr oder weniger gefügige "abkommandierte" Arbeitnehmervertreter zu finden, die nicht wagen werden, die Interessen der Arbeitnehmer entschlossen gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hingewiesen, dass Unternehmen des Bergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie kein für sich isoliertes Leben führen können, sondern Bestandteile des Fundaments jeder Volkswirtschaft sind, von denen die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft abhängt - deshalb ja auch die unveränderte Forderung nach Überführung dieser Betriebe in Gemeineigentum.

Die Regierung hatte seinerzeit ihre Bereitschaft zur schnellen parlamentarischen Verabschiedung des Gesetzes ausgesprochen. Die Regierungsparteien haben diese Erklärung sabotiert. Niemand sollte sich darüber täuschen, dass die Gewerkschaften und alle die Kreise, die zu ihnen stehen, sich mit dieser Tatsache und ihren möglichen weiteren Folgen nicht abfinden werden.

Die Weissen und die Farbigen

f. Wenn sich die Prophezeiung Malans erfüllt, wird das Britische Weltreich durch die Schuld Englands eines Tages zusammenbrechen. Der südafrikanische Premier ist der letzte Vertreter der imperialistischen Herrenvolk-Idee - wenn man von Gesinnungsgenossen im Süden der Vereinigten Staaten absehen will. So sehr er sich auch darüber entzündet, in die Nähe der nationalsozialistischen Rassefanatiker gerückt zu werden, in seinem Lande treibt er bewusste und nackte Rassenpolitik. England, dem nicht zu Unrecht vorgeworfen worden ist, in seinem Weltreich einst auf ähnliche, wenn auch weniger aufdringliche Weise Politik getrieben zu haben, ist längst, durch böse Erfahrungen belehrt, von solchem Wahn abgegangen. Die Labour Party, die seit ihrem Bestehen gegen den britischen Imperialismus alter Schule angekämpft hat, ist energisch neue Wege gegangen. Seit ihrem Sieg von 1945 hatte sie die Möglichkeit, ihre Gedanken in die Tat umzusetzen. Sie hat eine Kolonialpolitik entwickelt, deren Erfolge mit Recht in der Welt Aufsehen erregt haben. Ihr grossartigstes Beispiel war die Lösung der indischen Frage, wohl die schwierigste, die es in der Geschichte des Britischen Weltreiches je gegeben hat. Die Labour-Regierung hat zum Grundprinzip ihrer Empire-Politik die wachsende Verselbständigung ihrer Kolonien gemacht, eine Aufgabe, die ebensoviel Verantwortungsgefühl wie Opferbereitschaft erfordert.

Gegen dieses Prinzip läuft Malan Sturm. Er fürchtet, gewiss nicht zu Unrecht, dass das britische Beispiel die Schwarzen Südafrikas ermutigen werde, ihre Forderungen mit immer grösserem Nachdruck zu vertreten. Für jede südafrikanische Regierung wäre es ausserordentlich schwer, die Rechte der weissen Minderheit gegen die zehnfache schwarze Mehrheit zu verteidigen. Das Rezept Malans aber, den Weissen alles, den Schwarzen nichts zu geben, ist nicht nur verwerflich, sondern auch, was in der Politik meist schwerer wiegt, törricht. Es muss sich notwendig auf diese Weise ein Hass aufspeichern, der für den Staat lebensgefährlich wird, wenn er sich Bahn bricht. Gerade weil es die Weissen waren, die den südafrikanischen Staat geschaffen haben, sollten sie ihn zu bewahren suchen vor der Zertrümmerung der zur Empörung getriebenen entrechteten Farbigen.

Der Weg dazu wäre nicht schwer zu finden. Denn auch auf dem

afrikanischen Kontinent beschreitet ihn England nicht nur seit Jahren in den beiden Rhodesien, sondern nun auch in seiner Kolonie Goldküste. Gerade das britische Experiment an der Goldküste, wo Wahlen vor einigen Wochen den eingeborenen Nationalisten den Sieg brachten, fürchtet Malan. Aber die englische Regierung hat genau gewusst, was sie tat. Sie hat die Folgerungen aus dem Wetterleuchten der schweren Unruhen vor zwei Jahren in diesem Gebiet gezogen. Worauf wartet Malan noch?

+ + +

K a s s e l e r N a c h l e s e

Von Prof. Dr. Ludwig Preller, MdB.

Der überwältigende Wahlsieg der SPD in der Kasseler Nachwahl darf nicht vergessen lassen, dass hier Kampfmethoden auf der Gegenseite angewendet worden sind, die an die trübsten Zeiten kurz vor 1933 erinnerten. Man kann zwei Ursachen erkennen, die den bürgerlichen Wahlblock zu Methoden verführte, die einem Goebbels Ehre gemacht hätten. Die eine lag im Pressewesen des Bezirks, der Zeitungen kennt, die, nach dem Lizenzzwang entstanden, unso einseitiger parteipolitisch orientiert sind, je weniger sie dies in ihrer äusseren Aufmachung erkennen lassen. Dies traf vor allem für die von früher unrühmlich bekannte "Kasseler Post" zu, die ihre alte deutsch-nationale Tradition wieder aufwärmt.

Die andere Ursache ist in der Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten durch CDU und FDP (in Kassel führend) zu sehen, dem sich später auch BHE und "Deutsche Reichspartei" anschlossen! Die bürgerlichen Parteien hatten nach ihrer Niederlage in der Landtagswahl nicht den Mut, einen Kandidaten aus ihren eigenen Reihen aufzustellen. Sie spekulierten mit einem "Parteilosen", der so "unabhängig" war, dass er sich verpflichtet hatte, bei der FDP-Fraktion im Bundestag zu hospitieren. Noch gewissenloser war die Spekulation, die hinter der Aufstellung eines Kirchenmannes lag - sehr gegen den Willen der Kirche, wie anerkennend hervorgehoben werden muss - denn der Kandidat war Landeskirchenrat und Pfarrer und als Leiter des Ev. Hilfswerkes und Flüchtling in der Bevölkerung sehr bekannt.

Beide Ursachen und die trüben Spekulationen haben nicht verhin-

dert, dass die SPD mit 17.000 Stimmen vor den 46.000 des Gegenkandidaten in Führung ging und das Ergebnis der Landtagswahl von 52% für die SPD noch um 3 weitere % verbesserte. Das zeigt, dass der Siegeszug der SPD seit den süddeutschen Wahlen sich fortsetzt und die Bundesregierung heute bereits keine Mehrheit mehr in der Wählerschaft der Bundesrepublik hat.

Die dahin schwindende Stimmung für die Bonner Regierungsparteien zwingt diese zusammen (siehe Schleswig-Holstein, Kulmbach, Kassel). Man könnte darin Ansätze zu einem Zweiparteien-System sehen und von grösseren Gesichtspunkten aus diese Entwicklung vielleicht sogar begrüßen. Aber ein "unparteiischer" Einheitskandidat, der von der CDU bis zur Deutschen Reichspartei gefällt, muss politisch farb- und profillos sein, oder die politische Linie, das einigende Element, kann nur die negative Seite der gemeinsamen Ablehnung des Sozialismus und vielleicht die positive der Erhaltung des Besitzbürgertums sein, nicht aber konstruktive politische Ideen. Damit ist gesagt, dass die Möglichkeiten zu grundlegenden politischen Auseinandersetzungen entfallen und damit letztlich der demokratische Gedanke als solcher gefährdet wird. Wie sehr eine Zusammenfassung so verschiedenarteter Parteigruppierungen unweigerlich dem Zuge nach der radikaleren Rechten unterliegt, haben die Kampfmethoden von Kassel erwiesen.

Die SPD hat aber bewiesen, dass mit Anständigkeit und sachlicher Argumentation einer so dick aufgetragenen Irreführung der Wählerschaft mit Erfolg entgegengetreten werden kann. Hunderte von Zeugnissen liegen vor, dass gerade der von uns scharf, aber fair geführte Wahlkampf uns einen nicht unbeträchtlichen Einbruch in die Wählerschaft des Wahlblocks eingebracht hat. So konnte in Kassel-Stadt erstmalig die absolute Mehrheit für uns erreicht werden. Daraus gilt es, die entsprechenden Lehren zu ziehen.

+ + +

"60 Ferkel . . . , den Kriegshetzern zum Trotz"

(sp) Die "Tägliche Rundschau" veröffentlicht folgende Zuschrift von Curt Fritzsche, Oranienburg-Kuhbrücke: "Zur Stärkung der immer mächtiger werdenden Friedensfront und im Hinblick auf die ständig steigenden Leistungen unserer Aktivisten, übernehme ich für meinen kleinen Arbeitsbereich von 9.24 ha Ackerfläche folgende Selbstverpflichtung: Zusätzlich verpflichte ich mich, bis zum 31. Dezember 60 Ferkel mit einem Mindestgewicht von je 12 kg zu liefern, 2 Schweinemastverträge abzuschliessen und meinen Viehvermehrungsplan um 20 Prozent überzuerfüllen. Ich hoffe, dass Tausende meiner Berufskollegen, den Kriegshetzern zum Trotz, ihren Kräften entsprechend meinem Beispiel folgen werden."